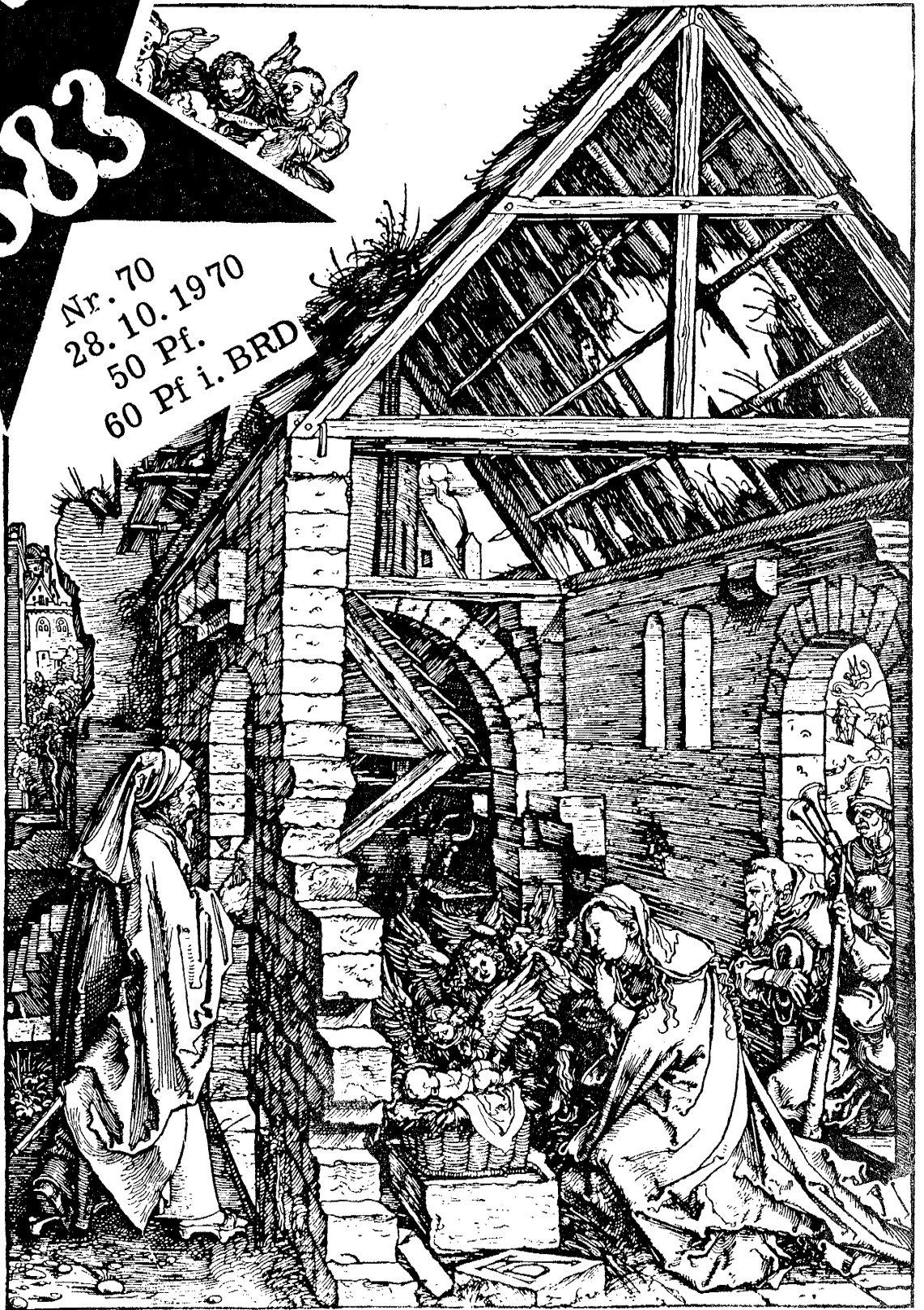


Schluß mit dem Mietwucher!



Nr. 70
28.10.1970
50 Pf.
60 Pf i. BRD



DA HILFT KEIN CHRISTKIND-

Da hilft nur noch Gewalt

SOLIDARITÄT

Ich bin der Meinung, daß es für uns - sei es für den Einzelnen, für eine Partei, eine Armee oder eine Schule - schlecht ist, wenn der Feind nicht gegen uns Front macht, denn in diesem Fall würde es doch bedeuten, daß wir mit dem Feind unter einer Decke stecken. Wenn wir vom Feind bekämpft werden, dann ist das gut; denn es ist ein Beweis, daß wir zwischen uns und dem Feind einen klaren Trennungsschnitt gezogen haben. Wenn uns der Feind energisch entgegentritt, uns in den schwärzesten Farben malt und gar nichts bei uns gelten läßt, dann ist das noch besser.

Mao Tse-Tung

Die Schweine haben Front gegen uns gemacht. Sie haben blind zugeschlagen, geknüttelt, verhaftet, erschossen, inhaftiert, gemordet. In Westberlin allein sitzen ungefähr 40 Genossen, unter ihnen Genosse Mahler, in den Staaten sitzen Hunderte von Revolutionären in den Gefängnissen, unter ihnen Angela Davis, in Spanien, Portugal, Südafrika, Griechenland, Südamerika sitzen Genossen, die den Kampf begonnen haben.

Klar sind sie alle unschuldig. Klar sind alle unschuldig, die in den Gefängnissen schweinscher Systeme sitzen. Klar, daß man ihnen Schuld unterjubelt, Vergehen, Verbrechen. Klar, daß die Black Panther Party die Kennedys umgelegt hat, klar, daß Horst Mahler Banken ausgeraubt hat. Klar, daß alle, die in Berliner Gefängnissen sitzen, verantwortlich sind für: Banküberfälle, Brandstiftungen, Explosionen, Morde, Sexualverbrechen etc. Klar, daß die Schweine Opfer brachen, die sie den Springers Schweinen und den von ihnen manipulierten vorwerfen können; klar, daß die Schweine, die dem Gen. Mahler lediglich illegales Waffenbesitz und Paßvergehen vorwerfen können, für alles verantwortlich machen werden, was im Kampf gegen sie in letzter Zeit vor sich ging. Klar, daß sie alles tun werden, ihn für einige Jahre im Knast schmoren zu lassen. Klar sprechen sich Polizei- und Justizpressestelle ab, wenn sie "Informationen" an die Öffentlichkeit geben. Klar, daß sie Angela Davis alles mögliche in die Schuhe schieben werden, ihr aber so gut wir nichts nachweisen können. Sie standen beide auf der Liste der am meisten gesuchten Verbrecher". Warum wohl? Bei der Baaderbefreiung druckten die Schweine fast zwanzigtausend Fahmungsblätter von Ulrike Meinhof. Sie boten ein paar tausend Mark Kopfgeld. Auf den Plakaten fehlte nur das "Tot oder Lebend", dann wäre der Wilde We-

sten komplett gewesen. Bei der Schießerei in der Bleibtreustrasse (ein Toter, drei Schwerverletzte): kein Fahmungsblatt hin an den Litfaßsäulen, kein Kopfgeld wurde geboten. Kriminaldirektor Boettcher meinte: "Die Jungens (die Perser- und Speerbande sind gemeint - welch fein-familiares Verhältnis er doch zu ihnen hat!) haben es nicht so gemeint!"

Zur Zeit werden hier Baader, in den Staaten die Genossin Bernadine Dohrn gesucht. Hier wie dort rotiert die Polizei. Wenn sie sie einmal haben sollten, werden genau die gleichen Sprengsätze detonieren, genau dergleichen Bauart, der Kampf wird hier wie dort verstärkt fortgesetzt. Die Schweine gehen doch nach wie vor davon aus, man "müsse der Schlange den Kopf abschlagen, dann sei sie tot". Das haben sie bei Zapata in Mexiko gesagt, das haben sie gesagt, als sie den Anschlag auf Rudi Dutschke machen ließen, das sagen sie, als sie Bobby Seale, Huey Newton einlocheten, Eldridge Cleaver ins Exil zwangen, Mahler jagten und fingen (denen wäre es doch am Liebsten, wenn sie ihm bei einem "Fluchtversuch" eine Kugel in den Rücken hätten ballern können), das sagen sie im Verhör, im Prozeß ("Rädelsführer"!), im Knast.

Klar, daß die Schweinepresse das so übernimmt, klar, daß sie glaubt, mit der Verhaftung Mahlers hätten sie die "Rote Armee" gefangen, klar, daß die Bullen sich in die Brust werfen, klar, daß Neubauer Kapital daraus schlagen will. Uns ist klar, daß der Kampf gegen das kapitalistische System, gegen das "Biest" (Cleaver) verstärkt fortgesetzt werden wird. Uns ist klar, daß das Biest blödsinnig zurückschlägt und versuchen wird, alle zu treffen, die sich in seinen Weg stellen. Der Klassenfeind macht keine Unterschiede zwischen den verschiedenen Fraktionen der Linken. Er differenziert nicht. Das konnten wir in Italien sehen, wo die Schweine nach den Attentaten, die natürlich den Anarchisten in die Schuhe geschoben wurden (s. 883 Nr. 89), Vertreter sämtlicher relevanter linker Organisationen verhaften ließen. Die Genossen in Italien haben daraus gelernt. Sie haben trotz ideologischer Differenzen die Reihen enger geschlossen, do r t distanzieren sich die Orthodoxen nicht mehr so schnell von Aktionen, die sie nicht gut finden. Sie wissen ganz genau, daß das nicht ihnen, sondern dem Feind hilft.

Alles, was der Feind bekämpft, müssen wir unterstützen; alles, was der Feind unterstützt, müssen wir bekämpfen! (Mao Tse-Tung)

Und hier? Wem nützt es, wenn sich die Parteilinken eiligt von Aktionen der "Linksradikele" distanzieren? Wem nützt es, wenn KPD-AO und andere linke Organisationen die Baaderbefreiung mißbilligen? Wem nützt es, wenn in der Roten Hilfe überhaupt darüber diskutiert wird, ob man die Genossen im Knast unterstützen müsse? Wem nützt es, wenn die RPK anlässlich der Verhaftung des Gen. Mahler eine halbseidene, recht verspätete und verbale Solidarität erklärt? Und wem nützt es, wenn sie eine "linke Autorität" im Knast erst brauchen, sich verbal zu solidarisieren? Wem nützt es, wenn die Roten Zellen erst jetzt Geld für die Genossen im Knast sammeln? Wem nützt es, wenn die Kommunistische Arbeiterjugend Deutschlands (KAJD), wenn einer von ihnen fast von den Schweinen abgeknallt worden ist, sich immer noch

jedem in den Rücken, ob Anarchist, ob Kommunist, ob Pazifist. "Fluchtversuch" läßt sich dann noch immer konstruieren.

Solidarität ist eine objektive Notwendigkeit der revolutionären Bewegung, ungeachtet der Fraktionen.

Ohne Solidarität wird die Linke ein zerschlagen, natürlich heißt Solidarität nicht, kritiklos Aktionen, Papiere, Organisationen anderer Fraktionen hinzunehmen.

Aber es gibt so etwas wie Solidarische Kritik müssen wir an allen üben, ob sie nun den Kampf auf morgen vertagen oder sich heute im Kampf zu schnell verheizen lassen.

Jeder Genosse im Knast ist ein Verlust für uns!

Jeder inhaftierte Genosse ist ein politischer Gefangener.

Jeder inhaftierte Genosse ist ein Kriegsgefangener.

Gemeinsam müssen wir uns überlegen, Kriessgefangene zu verhindern.

AB 5.10.1970 TÄGLICH 20 UHR
SCHAUBÜHNE AM HALLESCHEN UFER

BERTOLT BRECHT Die Mutter

Nach dem Roman von Maxim Gorki, Musik von Hanns Eisler

Regie: Schwedtrik, Steckel, Stein

Musikalische Einstudierung: Peter Fischer

Bühnenbild: Klaus Wolfenbach, Kostüme: Herzog, Raschig

Polaga Wissowa: Theresia Glöckle

FÜR UMWANDLUNG DES IMPERIALISTISCHEN
KRIEGES IN DEN BÜRGERKRIEG

Das Proletariat besitzt keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation. Durch die Herrschaft der Anarchisten wird die Welt in den Kampf um die Macht umgewandelt. Die Revolutionäre müssen die Klassenkämpfe nicht als "Krieg" betrachten, sondern als "Kampf um die Macht". Die Revolutionäre müssen die Klassenkämpfe nicht als "Krieg" betrachten, sondern als "Kampf um die Macht". Die Revolutionäre müssen die Klassenkämpfe nicht als "Krieg" betrachten, sondern als "Kampf um die Macht".

IM OKTOBER 1917 ERGRIFF DAS
RUSSISCHE PROLETARIAT DIE
MACHT

AUFBRUF!

Und was sonst noch jeder für die Genossen tun kann, ist Briefe schreiben! Hier gleich die Adressen:

Abt. a) Teitel:
1 Berlin 27, Seidelstr. 39
Werner Struwe und Herbert Görke

b) Plötzensee
1 Berlin 13, Heckerdamm 7
Michael Baumann, Michael Paasch

c) Moabit
1 Berlin 21, Altmoabit 12 a
Heinz Brockmann, Renate Sami, Karl-Heinz Wierzejewski, Ulrich Fischer, Hartwig Schnitzlein, Thomas Weißbeker, Dieter Kunzelmann, Ralph Heun, Bernd Scharein

Genossen, dies ist Eure Zeitung! Schickt Meldungen, Arbeitsberichte, Analysen, Dokumentationen, Bericht über Eure Arbeit! Sozialistert Eure Erfahrungen!

Wir bitten alle Gruppen, die früher mit 883 in Kontakt waren, sich wieder mit der Redaktion in Verbindung zu setzen. Schickt Berichte über Mietwucher, spezielle Ausbeutung! Schreibt uns aus Kinderläden, Schülerläden, Schulen jeder Art, Uni, Lehrwerkstatt und Fabrik! 883 ist nicht das Zentralorgan einer dogmatisch festgelegten Partei oder Splittergruppe - es ist Eure Zeitung. Nutzt sie!
Kontaktadresse:
Red. 883 im Soz. Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60
- Meldung hinterlassen! -

in einem Flugblatt von "den Anarchisten" distanzieren? Wem nützt es, wenn gleich bei jeder Angelegenheit - Organisationen keine Praxis vorweisen können, aber unnütze "Führungsansprüche" anmelden?

Ist den Genossen denn noch immer nicht klar, daß Solidarität keine Sache der Mauhurererei ist? Glauben die Genossen denn ernstlich, sich aus dem Schuffeld der Schweine begeben zu können, wenn sie Genossen verraten, deren Taten sie nicht gut finden?

Der Feind bekämpft zur Zeit primär die, die militant kämpfen. Er macht nicht den "intellektuellen" Unterschied zwischen "echten Revolutionären" und "bewaffneten Sektierern". In den Staaten bekämpft er, was ihn bekämpft. Er inhaftiert Angela Davis von der BPP ebenso wie Bernadine Dohrn, die zu den Weathermen gehören soll. Dem Klassenfeind sind die Tintenpissereien der Linken egal - die "anständigen" Kommunisten greift er ebenso an wie die "Putschisten, Anarchisten, Aktionisten" oder wie sie sonst noch genannt werden. Glauben denn die Genossen der AO, ML, MB, PL-PfI ernstlich, der Klassenfeind lasse sie in Ruhe pusseln, nur weil sie sich von militant kämpfenden Genossen distanzieren? Der Klassenfeind schießt

Gemeinsam müssen wir überlegen, wie militanter Kampf möglich ist ohne Verluste für uns!

Gemeinsam müssen wir Modelle schaffen, die den Kampf für uns risikolos und für den Klassenfeind gefährlicher machen.

Gemeinsam müssen wir den militanten Kampf so planen, daß er organisiert die dem Feind große Verluste zufügt.

Organisierte Militanz und organisierte Basisarbeit müssen sich zunehmend ergänzen.

Was wir brauchen, ist organisierte Arbeit, nicht arbeitende Organisationen. "883" wird in naher Zukunft ein Treffen aller arbeitenden Gruppen in die Wege leiten, den Kampf zu koordinieren.

Organisierte Basisarbeit muß durch organisierte Militanz unterstützt werden.

Beide müssen zur dialektischen Einheit verschmolzen werden.

Das erst garantiert, daß weniger Genossen inhaftiert werden. Das erst bedeutet, daß gemeinsame Kampagnen große Erfolge zeitigen.

Organisiert den Kampf!

Solidarität mit allen inhaftierten Genossen!

Freiheit für alle Gefangenen!
Alle Macht dem Volk!

UND TERROR II.

Proletarische Gewalt gegen bürgerliches Gesetz

(Rede gegen das bürgerliche Gericht)

Max Hoelz

Ich erkläre, daß ich aus bester Kenntnis weiß, daß weder die Vereinigte Kommunistische Partei, noch die Kommunistische Arbeiter-Partei, noch die Exekutive der Kommunistischen Internationale den bewaffneten Aufstand in Mitteldeutschland inszeniert haben. Gewiß haben alle drei Körperschaften ein Interesse daran, daß die Revolution vorwärts getrieben wird. Die Märzaktion entstand aus der Provokation Hörings. Die revolutionäre Arbeiterschaft Mitteldeutschlands lehnte sich gefühlsmäßig dagegen auf, unter der Aufsicht bewaffneter Sklavenhalter zu arbeiten. Sie trat in den Streik, und an der Niederknüpfung dieses Streiks entzündete sich der Aufstand. Daß die Kommunistischen Parteien den einmal begonnenen Kampf nach Möglichkeit unterstützten, entsprach durchaus ihrer revolutionären Pflicht. Die Arbeiterschaft in Mitteldeutschland ist revolutionär bis auf die Knochen. Die mitteldeutsche Arbeiterschaft wartet jeden Tag und jede Stunde auf eine Aktion. Sie denkt, diese Aktion muß von einer Partei oder Gewerkschaft eingeleitet werden. Unzweifelhaft steht fest, daß die Regierung und vor allem Hörings bemerkt hat, daß die revolutionäre Arbeiterschaft aus der Passivität zur Aktivität überging. Und vielleicht hat Hörings nicht ganz falsch spekuliert, daß früher oder später der Tag gekommen wäre, an dem die Parteileitungen die Massen zum bewaffneten Kampf aufgerufen hätten. Hörings versuchte, den Kampf vorher in einem für sich günstigen Moment zu entfachen. Deswegen schickte er seine grünen Jäger nach Mitteldeutschland. Bei meinem Eintreffen in Mitteldeutschland hatte noch kein Arbeiter eine Waffe. Ich befand mich in den Märztagen in Berlin. Ich hatte keine direkte Verbindung mit der Partei. Ich wurde nicht geschickt, ich ging aus freiem Willen und eigenem Ermessen. Ich glaubte, es sei meine Pflicht als revolutionärer Kämpfer, hinzugehen und mich den Genossen zur Verfügung zu stellen. Als ich ankam, waren bereits Aktionsausschüsse gebildet. Nach den uns gewordenen Nachrichten mußte man glauben, daß das gesamte revolutionäre Proletariat geschlossen gegen die Provokation von Hörings einreten werde. Infolge der verärgerten Haltung der S. P. D. und insbesondere der U. S. P. D. kam eine einheitliche starke Aktion des Proletariats nicht zustande. Erst als in Eisleben und Hettstedt die Sipos nach dem Einrücken von Verhaftungen vornehm und einzelne Genossen mißhandelt wurden, da griff die Arbeiterschaft spontan zu den Waffen. Ich übernahm die nur zugeteilte militärische Aufgabe. Ich habe den Kampf geführt mit allen Mitteln, nicht weil ich die Gewalt über alles stelle, sondern weil ich erkannt habe, daß der Klassenkampf des Proletariats nur auf dem Wege der Gewalt zum siegreichen Ziele geführt werden kann. Vor zwei Jahren glaubte ich noch, daß die kommunistische Idee, daß der Gedanke der Befreiung des Proletariats ohne Anwendung von Gewalt als wirtschaftlicher Kampf durchgeführt werden könne. Ich hätte mich damals geschämt, einem Menschen, wie ich heute einer geworden bin, die Hand zu geben. Wenn die revolutionäre Arbeiterschaft Gewalt anwendet, so geschieht dies nur in Erwiderung der Ge-

walt, welche die herrschende Klasse dem proletarischen Existenzkampf und Aufwärtstreben entgegensetzt. Die herrschende Klasse ist es, die zuerst Gewalt angewendet hat. Wenn heute in einer Versammlung ein kommunistischer Redner auftritt und seine Idee verkündet, so wird er verfolgt und Gewalt gegen ihn angewendet. Aber jede Anwendung von Gewalt durch die unterdrückte Klasse wird durch die öffentliche Meinung der Bourgeoisie als Unrecht, als Verbrechen gebrandmarkt. Die herrschende Klasse gewährt uns nur auf dem Papier Versammlungs- und Redefreiheit. In der Praxis werden kommunistische Zeitungen verboten und kommunistische Versammlungen verhindert, alles mit den Mitteln der Gewalt. Die weißen Mörder stehen unter dem Schutz ihrer korrupten Justiz. Tausende von Arbeitern hat man in den letzten Jahren widerrechtlich getötet. Aber die bürgerlichen Gerichte versagen. Die bürgerliche Gesellschaft lechzt nach dem Blut der Arbeiterführer. Ich frage Sie nun, haben revolutionäre Arbeiter schon einmal einen einzigen Führer der bürgerlichen Gesellschaft getötet? Haben revolutionäre Arbeiter einen einzigen König, Minister oder Parteiführer getötet? Justizrat Broh: In Deutschland nicht. Hoelz: Nicht einen einzigen Mord hat das revolutionäre Proletariat in Deutschland begangen. Wie viele politische Morde hat die bürgerliche Gesellschaft Deutschlands auf dem Gewissen. Wie viele intellektuelle Führer sind durch die Hand der bürgerlichen Gesellschaft gemuechelt worden. Ich erinnere nur an Liebknecht, Rosa Luxemburg, Jogisches, Landauer, Paasche, Eisner, Silt und an das letzte Opfer Gareis. Alle die Genannten sind nicht in offenem Kampf gefallen, sondern hinterlistig ermordet worden. Sie legen mir einen Mord an dem Rittergutsbesitzer Heß zur Last. Rein menschlich bedauere ich seinen Tod, aber Heß ist nicht gemuechelt worden, sondern ist in Verbindung mit der revolutionären Aktion, wahrscheinlich im Kampf gefallen. Ich nehme an, daß er eine Waffe gehabt und in seiner Angst zu der Waffe gegriffen hat. Wir hatten im Vogtlande die Macht, aber nicht ein einziger Richter oder Staatsanwalt ist mißhandelt worden. Aber wo Sie die Macht hatten, wurden aus dem Hinterhalt hunderte von Proletariern gemordet. Überall kennzeichnen den Vormarsch der Reichswehr und Schupo ihre blutigen Spuren. Diese Verhandlung hat es bewiesen. In Schrapplau sind nicht drei, sondern sechs Arbeiter von der Schupo ermordet worden. Die Leichen lagen ohne Waffen mit zerschossener Brust in den Kalköfen des Ortes. Aber kein Staatsanwalt, kein Richter hat sich gefunden, um dieses Verbrechen zu sühnen. Im Leunawerk sind 46 Arbeiter von der Schupo ermordet worden! In Hettstedt sind zwei Arbeiter ermordet worden. Ein 58jähriger Arbeiter ist auf offener Straße um nichts erschossen worden. Ein 16jähriger Mensch, der sich auf der Straße nicht durchsuchen lassen wollte, wird an die Wand gestellt, erschossen und als er dalag, da tritt ein Offizier heran und tritt ihm dreimal mit dem Stiefelabsatz ins Gesicht. Vorsitzender: Wenn sie so fortfahren, werde ich ihnen das Wort entziehen. Hoelz: Das glaube ich, das wollen Sie

nicht hören. Dieser Prozeß hat bewiesen, daß nicht ich der Angeklagte bin, sondern der bürgerliche Staatsanwalt. Alle Ihre Urteile sind Urteile gegen das revolutionäre Proletariat. Sie verurteilen mich nicht, sondern sich selbst. Ich bin überzeugt, daß Sie durch diesen Prozeß der Revolution mehr genützt haben, als ich während meiner ganzen revolutionären Tätigkeit. Ich sagte schon, auf die Anklage will ich nichts erwidern. Ich erkenne die Ausführungen des Staatsanwaltes, ich erkenne das Urteil des Gerichts nicht an. Für mich handelt es sich darum, vor der Arbeiterschaft klarzustellen, aus welchen Beweggründen ich gehandelt habe. Ich vertrete meine Handlungen mit dem Mute, den jeder revolutionäre Kämpfer haben muß. Und wenn ich einen Mann aus revolutionärer Notwendigkeit erschossen oder den Befehl dazu gegeben hätte, so würde ich es sagen. Wenn Sie das Todesurteil gegen mich heute aussprechen, Sie töten nicht viel, Sie töten das Fleisch, aber den Geist können Sie nicht töten. Sie richten mich, wie sie sagen, Sie schlagen ein Holz ab, und es stehen tausend andere Hölzer auf. Es werden unter diesen tausend Hölzern eiserne sein, die werden nicht mit Ohrfeigen Revolution machen. Es wird eine Zeit kommen, wo das Proletariat nicht mehr sagen wird, wir können nicht kämpfen, wir haben keine Waffen. Mit den Händen, mit den Fäusten wird es seine Gegner zerreißen! Solange die herrschende Klasse es fertig bringen kann, mit zwei bis drei Maschinengewehren 25.000 Demonstranten in die Flucht zu jagen, solange wird Ihre Herrschaft dauern. Aber in dem Augenblick, wo sich das revolutionäre Proletariat auf die Gewehre stürzt und zertrümmert oder sie umdreht, dann kommt die wirkliche Revolution! Vor dieser Revolution mügen Sie und die herrschende Klasse zittern! Was 1918 in Deutschland vor sich ging, das war keine Revolution. Ich kenne nur zwei Revolutionen: die französische und die russische. Die deutsche Revolution wird alle Revolutionen an Grausamkeit übertreffen.

Das Wort kann uns nicht retten,
Das Wort bricht keine Ketten,
Die Tat allein macht frei.



SOLIDARITÄTS-DEMONSTRATION

Die für den 4. 10. geplante Solidaritätsdemonstration für den Gen. Mahler und alle anderen politischen Gefangenen wurde durch den massiven Terror der Polizei unterdrückt.

Schon vor Beginn der Demonstration wurden einzelne Genossen verhaftet. Bei diesen rechtswidrigen Verhaftungen von Genossen verwendeten die Schweine Bildmaterial von vorübergehenden Demonstrationen. Durch den von den Bullen gezielt eingesetzten Terror blieb uns nichts anderes übrig als den Gehsteig entlangzutrotten. Einige Genossen verfügten über Rauchbomben; um Neubauers Schweine abzulenken, zündeten wir sie an verschiedenen Stellen.

Unter dem Ruf "Freiheit für Mahler!" stürmten wir auf dem Ku-Damm entlang in Richtung Halensee. Dabei wurden wir mehrmals von Neubauers Schweinen attackiert, konnten uns jedoch immer wieder sammeln und unseren Marsch fortsetzen. Bei der Auflösung der Solidaritätsdemonstration am Lehnhorn Platz wurden wir von Bullenpanzern umzingelt; die Bullen stürmten geräuselig auf uns zu und nahmen wahllos Verhaftungen vor.

Fazit: ca. 60 Genossen wurden verhaftet (darunter vier Sanis von Schwarzkreuz), obwohl keine "Straftaten" begangen wurden.

Genossen - wie konnte dies geschehen? Trotz intensiver Vorbereitungen und Publizität dieser Solidaritätsdemonstration kamen nur ca. 200 Genossen! Sicherlich, Genossen - es hat geregnet! Sicherlich, Genossen - es war der Beat-Club im Fernsehen!

Sicherlich, Genossen - Herta hat gespielt! Sicherlich, Genossen - die AO hat sich von uns distanziert!

Genossen:

Habt ihr vergessen, was der Gen. Mahler und die in den vergangenen Jahren für uns getan hat?

Denkt ihr an die Genossen, die von Neubauers Schweinen gefangen wurden? Glaubt ihr wirklich, daß die herrschende Klassenjustiz einen Unterschied zwischen Anarchisten und Kommunisten macht?

BETHANINIEN-KAMPAGNE

STADTTEILGRUPPE KREUZBERG

politikon
Göttinger Studenten-
zeitschrift

Nr. 32 Juli 1970

Inhalt

- Eine neue Rätebewegung in Italien?
- Lucio Magri: Räte im Kapitalismus
- Luciana Castellina: Die Delegiertenbewegung
- Die Delegierten über sich selbst
- Resonanzen

Herausgeber: Club politikon e.V.

Anschrift der Redaktion:
34 Göttingen, Leonard-Nelson-Str. 29
Tel. 5 66 20



Bethanien stent leer - was bedeutet das für die Kreuzberger Bevölkerung?

Bethanien steht seit Mai 1970 leer - ein Gebäudekomplex mehrerer Häuserblocks. Seine klötzigen Mauern umschließen Spielplätze und ein riesiges Parkgelände. Tausende von Kindern haben noch immer keinen Platz, um sich zu entfalten. Was tun unsere Kinder, wenn ihre Mütter arbeiten? Sie gehen auf die Straße - unbeaufsichtigt und sich selbst überlassend. Kreuzberg hat keinen zentralen Jugendtreff. Haben die Jugendlichen einen Platz, wo sie Musik hören und diskutieren, sich ohne Aufsicht kennenlernen können? Gibt der Senat die Möglichkeit, Musik, Film und Theater zu hören und zu sehen, ohne daß es viel kostet, wo keine Altersbegrenzung besteht und auch keine Zeitgrenze? Der Senat scheint diese dringenden Bedürfnisse nicht zu kennen, will man ihm nicht Böswilligkeit unterstellen. Was hat es mit dem Bethanienkrankenhaus auf sich? Im Jahre 1847 wurde Bethanien als Ausbildungsstätte für Krankenpflege mit eigenem Krankenhaus seiner Bestimmung übergeben. Die Rechtsform war eine "Königliche Stiftung", geleitet von einem Kuratorium. Diakonissen übernahmen die Ausbildung der Pflegekräfte und die Betreuung des Krankenhauses.

1851 wurde Bethanien der Aufsicht des Ev. Oberkirchenrates unterstellt. Eine besondere "Rückfallklausel" bestimmte, daß das Haus an den Staat zurückfällt, wenn nicht mindestens 200 Krankenhausbetten unterhalten werden.

Bis zum Jahre 1966 war Bethanien ein fester Bestandteil des Bettenplanes des Senats, der sowohl Gelder für die Modernisierung als für die laufende Unterhaltung zur Verfügung stellte. Allein in den letzten Jahren waren es acht Millionen.

1966 stoppte der Senat Knall auf Fall entgegen früheren Zusagen die Zuschüsse. Damit war Bethanien zur Schließung verurteilt.

Geschah dies aus einer bloßen Laune des Senats heraus?

Nein!!! Die Stilllegung des Bethanienkrankenhauses, einer fast symbolischen Versorgungseinrichtung, ist kennzeichnend für die geplante Saniierung Kreuzbergs, für die schrittweise Verdrängung der Arbeiter an den Stadtrand.

Der Senat hatte also das Krankenhaus Bethanien leichtfertig aufgegeben, obwohl die wilde Spekulation das Sanierungsprogramm ins Stocken gebracht hatte. Vorerst blieben die Kreuzberger noch in ihren billigen, alten Wohnungen. Trotz des Neubaus von Urban brauchten sie Bethanien als Krankenhaus dringend. Den Bedürfnissen der Bevölkerung schlug der Senat wie gewohnt einmal mehr voll ins Gesicht, als er bei seiner Entscheidung, die Zuschüsse zu stoppen, blieb, und damit Bethanien zur Schließung verurteilt war. Um die Kirche zu beschwichtigen, verzichtete der Senat auch auf die berühmte Rückfallklausel und verschenkte somit das Haus. Die berühmte Spekulationsarchitektin, Frau Kressmann-Tschach, bot in dieser Situation der Kirche die Lösung an: Abriss der alten Bebauung und Neubebauung im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus.

Sie lockte die Kirche mit Profitten, die u. a. die Weiterführung der Altersversorgung der Diakonissen garantiert hätte. Entsprechende Pläne wurden ausgearbeitet und gingen an den Bausenat. Als erstes Honorar verlangte die Architektin 200.000 DM. Dieses abgekartete Spiel ließ sich nicht geheimhalten. Die Bevölkerung war empört. Angesichts des katastrophalen Krankenhausnotstands in Kreuzberg mußte sich sogar die BZ des Themas annehmen.

Rund 1.000 Arbeiter, Krankenschwestern, Ärzte und Studenten ließen es aber nicht beim Reden bewenden und gingen auf die Straße. In einer Kundgebung vor dem Kreuzberger Rathaus prangerten sie den Kuhhandel zwischen Senat, Kirche und Bauunternehmer öffentlich an. Die Neubaupläne für Bethanien wurden vom Senat auf Eis gelegt. Die Kirche besaß jetzt ein Gelände, auf dem sie kein Krankenhaus mehr betreiben konnte, für das aber auch eine Neuverwendung nicht möglich schien. Der Senat erlöste die Kirche von ihren Sorgen und kaufte mit Steuergeldern das schon einmal verschenkte Haus wieder an. Der Spaß kostete die Bevölkerung 10,5 Millionen Mark. Was hatte die Bevölkerung davon? Nichts! Das Haus blieb weiterhin leer. Die Bürokraten im Rathaus grübelten. Und während der Bauwochen im September kamen sie mit ihrem Kuckucksei heraus: In Zukunft singt in Bethanien der Staats- und Domchor. Hundert Internatsplätze für die Sänger müssen neu eingerichtet werden. Als weitere Nutzungsmöglichkeiten sind im Gespräch: Künstlerateliers sollen in den Südfügel. Der Nordflügel soll die Abteilung Volksbildung des Bezirksamtes mit einem schulpfaktischen Seminar aufnehmen, außerdem Lehrerbücherei, Heimatmuseum und sowie "Sammelklassen mit angeschlossenem Hort".

Der Herr Finanzstadtrat Hähnelt plauderte es ganz offen aus: "Der Senat wird sich vermutlich mit Übermacht mit diesem Projekt durchsetzen".

Wir müssen hier wieder fragen: Was nützt das der Kreuzberger Bevölkerung? Sind damit die unglaublichen Verhältnisse in Kreuzberger Altersheimen beseitigt? Ist damit der Mangel an Kinderspielplätzen verringert worden? Sind den Kreuzberger Jugendlichen-Jungarbeitern-Schülern-Lehrlingen damit Entfaltungsmöglichkeiten z. B. durch ein eigenes Jugendzentrum geboten worden?

sich von oben herab, behandelten die Delegation wie einen Kaninchenzüchterverein; Bezirksbürgermeister Abendroth fragte: "Worum geht's denn eigentlich?" Allen Vorschlägen gegenüber verhielten sich die Volksvertreter ablehnend. Auf einer Aufklärungs- und Protestversammlung vor Bethanien am gleichen Abend verabschiedeten einige hundert Kreuzberger eine Resolution, die einen Tag für die Besichtigung des Gebäudes verlangte. Gleichzeitig mit der Resolution verlangte der Initiativausschuß drei Räume für die Vorbereitung von Aufklärungsaktionen. Das Rathaus reagierte mit der kalten Schulter.

Unsere Erfahrungen mit dem Kreuzberger Bezirksamt waren deprimierend. Uns ist klar geworden, daß der Senat für direkte Initiativen aus der Bevölkerung kein Ohr hat. Die "Volksvertreter" sagen: "Wir sind für vier Jahre von der Bevölkerung gewählt, was wollt ihr hier eigentlich?"

Wie kommt es, daß unsere Forderungen so übergangen werden, während der Senat für Spekulanten, Mietwucherer, begüterte Institutionen wie der Kirche und für andere Geldschneider ein offenes Ohr hat? Der Initiativausschuß hat ein Bündel Ablehnungsbescheide auf den Tisch geknallt bekommen. Sie sind für uns kein Grund zur Resignation. Denn wir wissen: Die Forderungen einer Handvoll Leute kann die Verwaltungsbürokratie nach althergebrachter Methode vom Tisch fegen. Wenn sich aber die Massen der Bevölkerung zusammenschließen, um ihre Interessen organisiert zu verteidigen, wird den Bonzen oben das selbstherrliche Regieren vergehen.

Westberliner
Buchladen
Kollektive



Marxistische Theorie
Psychologie + Pädagogik

Das Politische Buch
1 Berlin 16, Lützenburger Str. 99
Tel.: (0311) 883 25 53

Buchhandlung Karin Röhrlein
1 Berlin 12, Savignyplatz 5
Tel.: (0311) 32 29 81

Jürgens Buchladen
1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 40
Tel.: (0311) 769 16 25

Wir arbeiten zusammen
Wir kontrollieren die Profiteure
Wir lassen Handreichung auf
Zuschriften: Das Politische Buch

Psychologie, Erziehung,
Buchhandlung Röhrlein

Marxistische Theorie: Jürgens Buchladen
Wir veranlassen gemeinsame Lektorenforen

Hat der Senat bei der Verplanung Bethanien daran gedacht, daß arbeitende Mütter nicht wissen, wo sie ihre Kinder lassen sollen? Daß tausende von Gastarbeitern nicht wissen, wo sie nach ihren Rechten fragen können? Daß nicht nur die Jugendlichen, sondern auch die alten Kreuzberger nicht wissen, wo sie sich treffen können?

Als erste Reaktion des Widerstandes der Kreuzberger gegen die zynische und bürokratische Politik des Senats bildete sich der Initiativausschuß Bethanien für Kreuzberg.

Der Ausschuß tagt jeden Montag um 19 Uhr, Wiener Str. 10, Fabrikgebäude, III. Stock.

Als erstes richtete er ein Protestschreiben an den Senat mit einem Katalog von Vorschlägen, wie man die Bevölkerung bei der Planung mitbeteiligen und wie man das Gebäude schon jetzt am besten nutzen könne. Mit einer Delegation ins Rathaus versuchte man die Forderungen voranzutreiben. Die Stadtväter gaben

SCHULARBEITSZIRKEL!

Liebe Studenten!

Hilft uns, daß wir einen Schularbeitszirkel machen können, möglichst schnell. Wir wollen ihn nicht in der Schule machen, sondern in einem Zimmer rund umher. Unsere Klasse will, daß Manuela uns dem Zeugnis kommt. Wir wollen, daß wir mehr lernen, weil wir mit unserer Schule nicht zufrieden sind (Lernschule). Wir wollen protestieren gegen die Ordnung in der Schule. Soll uns bitte unsere Schulschwänze wieder in die Schule, sonst kommen die noch ins Zeug, das wollen wir nicht. Wir wollen nicht, kommt zu uns, sonst holen wir euch!

Klasse 4 der Gymnasiums-Sonderschule in Wietzenburg,
Trimmallee 8

Ramona P. L. D. O. V.

Ursula
Manuela
Silvia

Jo
Monika
Angelika (nicht protestieren)

Udo
Ulmer
MARGARETE (nicht protestieren)

Geau
Andreas
Thomasa
Thomas

Andreas
Marina
Lutz

Kennzeichen genommen:
Jungferl Kohlberg,
Klassenlehrerin

Kleinanzeigen

AUFRUF

**Schreibt den Genossen
schickt Bücher und
Geld!! Postscheck-Kto.:**

Anwaltskolleg v. Klaus
Buchen u. Christof Ströbel
Sandlerkonto
Rücklagen 6947

AL-DJABHA
DIE FRONT

Herausgeber: SOZIALISTISCHES PALÄSTINAKOMITEE HEIDELBERG
SOZIALISTISCHES PALÄSTINAKOMITEE WESTFALIN
6900 HEIDELBERG GRABENWASSER 14 670 ASTA

HABAKUK'S
Gartenlaube

1 BERLIN 61
GNEISENAUSTR. ECKE SOLMSSTR.
U-BAHN GNEISENAUSTR. MEHRINGDAMM
BUS 19,24,28

jazz folklore spezial musik

UNSERE KÜCHE
IST AB 20⁰⁰ UHR GEÖFFNET
TÄGL. AB 14⁰⁰ UHR AUSSER MONTAG

SPARTACUS

SONDERHEFT 1
RATE

Die Orientierung an ungenannten
Debatte kann vor allem Falsch
schließen!
Eine wichtige Schritt zur Theorie und
Praxis der Arbeiterbewegung
genau und leicht.

Mit einem Vorwort von **BERND RABEL**

beiträge von
KARL KORBSCHE
ERNST DÄUMIG
RICHARD MÜLLER u.a.

1. Teil - 1. Ausgabe
2. Teil - 2. Ausgabe
3. Teil - 3. Ausgabe
4. Teil - 4. Ausgabe
5. Teil - 5. Ausgabe
6. Teil - 6. Ausgabe
7. Teil - 7. Ausgabe
8. Teil - 8. Ausgabe
9. Teil - 9. Ausgabe
10. Teil - 10. Ausgabe



GELBSUCHT!!!!!!!!!!!!!!
Fixer!

GELBSUCHT!!!!!!!!!!!!!!
Fixer! Achtet darauf, nicht mit
fremder Fixe gespritzt zu
werden! Ein Großteil von Euch ist be-
reits durch einen infizierten Dealer er-
krankt. Meldet Euch dringend bei ir-
gendeinem Arzt oder bei
"Blaukreuz", 1.Bln21, Stephanstr. 60
Hofgebäude

Ladenwohnung mit 4 Räumen u. Küche
für 300.--DM zu vermieten. Nähe U-Bhf.
Tegel. Ab sofort! Tel. 883 44 09

Genosse aus dem Knast sucht Genossen
oder Genossin, der (die) sich mit mir
schreiben will.
Alfred Nobel, 1 Bln 27, Seidelstr. 39

**SPARTACUS 4-LITERATUR & REVOLU-
TION** ist erschienen. Beiträge von Mao,
Marx, Büchner, Böll, Plechanow, Wilde
u.v.a. über 80 Seiten 4. 00 DM

Journalist sucht Informationen über
Kriegsforschung in Deutschland (In-
dustrie und Universitäten). Bei Brauch-
barkeit Honorar. Zschriften unter
"KriFo" an 883, im Soz. Zentrum, 1 Bln
21, Stephanstr. 60, Hofgebäude, Briefkfstn.

John Most: "DIE GOTTESPEST" -zwer-
g-
schul-ergänzungsheft 21/22 DM 1.50
In allen Buchhandlungen. Wenn nicht -
Terror machen!

Every rät und ändert für Genossen,
(auch Schiebermützen)-alles wird nur
mit rotem Garn genäht. Tel. 6184801
1-36, Adalbertstraße 21

Boris Ssawinkow: "Die Ermordung des
Großfürsten Sergej". - AUS DEN ERIN-
NERUNGEN EINES TERRORISTEN.
DM 4. 80 In allen guten Buchläden.

Genossen Anarchisten! Gewöhnt Euch ab,
schwarze Haarstücke und Klamotten zu
tragen, wenn ihr zu Demonstrationen
geht! Letztesmal wurden fast alle "Schwar-
zen" eingesackt, auch wenn sie nichts
getan hatten!

Bakunin

Suchen dringend 6-Zi-Wg, mit Bad und
Küche!!!!!!!!!!!!!! TEL. 618 48 01

Thomas macht Transporte aller Art.
618 48 01

Wenn Ihr einen Staatsanwalt namens
Thief wieder in der Potsdamer trifft,
ruft die Bullen und sagt, er habe Euch
unsittlich angefaßt. Das ist einer.

Genossen, wenn Ihr "883" verkaufen
wollt, steckt einen Zettel in den Brief-
kasten in der TU-Mensa oder hinterlaßt
ihn im Soz. Zentrum!

Vorsicht vor Christoph Sievernich!
Er beschleift Genossen um Geld.

Wenn Reinhart Wolff wieder so autori-
tär rumschreit, hauen wir ihn vor die
Eier.

BlauZeWeRe

Was die Genossen von der KPD-AO
brauchen: ZWERGSCHEUL-ERGÄNZUNGS-
HEFTE - Mao, Wallraff, Büchner, Chot-
jewitz, Aristophanes, Bakunin, Dümbeier,
Engels, Greve, Most.
(P.S.: es müssen schon mehr als die
AO-Leute sein, die die Hefte kaufen -
denn wer macht denn schon eine Aufla-
ge von 60 Exemplaren?)

Fixen macht tot.

Gerda soll Sacklaus-Klaus anrufen. Es
oilt.

**FREIES WOHNEN IN SANIERUNGS-
BIETEN**

In London, Amsterdam, Frankfurt/M. or-
ganisierten Genossen erfolgreich Haus-
und Wohnungsbesetzungen. Wie lange
wollen wir uns in Berlin noch tatenlos
dem Terror der Hausbesitzer beugen?
Die immer vorhandenen Wohnprobleme
zwingen gerade uns Genossen, die letzten
Lücher zu mieten und oft mehr zu zahlen
als der ohnehin schon ausgenutzten
Durchschnittsmieter; wer sich nicht der
Konsummode angepaßt hat, wird sowieso
bei der Wohnungssuche abgewiesen. Und
wenn man Student ist oder sich sonstwie
nicht ganztags ausbeuten lassen muß,
dann macht die Miete schon ein Drittel
des Einkommens aus. Und Rechte hat
man in einem Mietverhältnis schon gar
nicht - das weiß jeder, der mal einen
Mietvertrag gesehen hat.

Hunderte von Wohnungen stehen aber leer
in Berlin. Die meisten seit Jahren zu
sofortigen Abriss bestimmt. Wir haben
uns in dieser freiheitlich demokratischen
Schieflage bis jetzt mit dem zyni-
schen Rechtsgrundsatz vom frei verein-
barten Mietvertrag zwischen Mieter und
Vermieter abgefunden, d. h. Rechte und
Miete "frei" an den Vermieter abgetren-
nen.

Genossen, Wohnungssuchende, Kinderlän-
den, Wohngemeinschaften, Kinderreiche
- es ist Zeit zum Handeln! **Kommt am**
29. 10. um 19 Uhr ins Sozialistische
Zentrum (Bln. 21, Stephanstr. 60, Hinter-
haus), um längst fällige Besetzungsaktio-
nen vorzubereiten.

Erfundigt euch noch vor dem Treffen, wo
Wohnungen leerstehen und wie lange noch.

Mieterbefreiungsfront

SPRINGER+RÖHL

Zimmer gesucht ...

Die Wohnungsnot der Stu-
denten an den Berliner
Hochschulen hat sich dort
verschlechtert, daß hiermit
an die Berliner der Aufruf ergoht,
Zimmer für Studenten zur Verfü-
gung zu stellen.

So beginnt ein Notruf der Stu-
dentenwerke beider Universi-
täten. Ein Notruf an die Berliner
Bevölkerung, der „an das gute
Verhältnis der Berliner zu den
Universitäten anknüpfen“ soll.

Nun — die Studentenwerke
treiben hier, im ehelichen Bemü-
hen um ihre Kommilitonen, ein
wenig Zweckoptimismus.

Denn sie — wie jeder in dieser
Stadt — wissen, daß das Ver-
hältnis der Berliner zu den Uni-
versitäten verstört sind und
jetzt verallgemeinbar. Die vor-
schreckt vom Lärm der Straße,
eine Störung auch der häus-
lichen Ruhe befürchten.

Aber, so verständlich diese
Sorge auch ist, so falsch sind ge-
rade hier Verallgemeinerungen.

Die Mehrzahl jener radikalen
Aussenseiter der Berliner Studen-
tenschaft hat sich — von Aktion
zu Aktion mehr — längst isoliert.

Politische Aktionen und Aus-
einandersetzungen haben seit

Gründe für die mangelhafte Be-
reitstellung unter den Zimmerver-
mietern anzuführen, so mag das
noch verständlich sein.

Weniger verständlich ist, wenn
sie die westdeutschen Arbeit-
nehmer die Konkurrenz anführen,
die den Studenten die Zimmer
wegschneppen.

Denn das ist höchstens Teil der
Wahrheit, genau wie die zwölft-
los vielfach überhöhten Miet-
erhöhungen.

Berlins Zimmervermieter aber
sollten jetzt endlich ihre Vorur-
teile gegen „die Studen-
ten“ begraben. Sie sollten
diese jungen Menschen wieder
an den Realitäten der letzten

Monate messen. Der besonnenen
Monate in Berlin.

Studenten eine Obdach, ohne
festig geordnete Basis werden
zwangsläufig und unfreiwillig in
jenseitigen getrieben. In den
den der Weg zu neuer Radikali-
sierung vielfach kürzer ist als
jener zum sachlichen Studium in
Ruhe und Ordnung.

So gesehen kann die drin-
gende Bitte der Studentenwerke
nur ebenso dringend unterstüzt
werden.

Wenn Sie bereit sind, Zimmer
zu unannehmbaren Mietkosten zu Ver-
geben, wenden Sie sich bitte an
das Studentenwerk Charlotten-
burger, Hardenbergstraße 34, Tel.
311 22 37, oder Berlin 35, Inse-
straße 22, Tel. 759 022 64.

Wenn die Berliner Studenten-
werke diese Fakten nicht als

Monate wieder jene Formen an-
genommen, wie sie eine Demo-
krate befehlen, ohne die für ein
normales Leben notwendige
Ordnung zu zerstören.

Die Ausnahmen sind beispiels-
weise jene Kleinen Kreise um
den ehemaligen Anwalt Möhler.
Auch ihnen gehören einige
wenige Studenten an, aber nicht
sind finden unter den politisch
einthaft engagierten Studenten
nur noch schwelgende Ablä-
nung.

Berlins Studenten wissen
langst, wie sehr ihnen das poli-
tisch getarnte kriminelle Spekta-
kulum anarchoistischer Chauvinis-
ten geschadet hat.

Wenn die Berliner Studenten-
werke diese Fakten nicht als

verstehen schon lange nicht
mehr gut, sondern ziemlich ge-
stört ist.

Aus Gründen, die wohl jedem
bekannt sind. Aus wohlverstan-
denen wie mißverständlichen
Gründen.

Ein, gemessen an der Gesamt-
zahl der Studierenden. Kleiner,
radikaler Kreis hat mit teils poli-
tisch legitim, teils aber auch
echt kriminellen Aktionen in den
Zimmervermietern nicht eben
große Lust geweckt, an Studen-
ten zu vermieten.

Ich meine hier nicht jene Ver-
mieter, die bereit sind, an jeden
zu vermieten, der Instände ist,
Wucherpreise zu bezahlen.

Ich meine die jene Berliner,
die durch außer Kontrolle gera-

ZERSCHLAGT konkret!

Salonbolschewist K. R. Röhl, der notorisch
impotente Herausgeber des deutschen
"Playboy"-Magazins, und seine Lohnskla-
ven haben erneut zugeschlagen: auf den
Seiten 18-23 hetzt Max Jäggi gegen Pop-
musik - und Anhänger, auf den Seiten
56/57 schreibt Michael Schneider nahezu
das Gegenteil. (Er versucht recht gut,
das Verhältnis von Progressivität und
Business in der Subkultur anhand des
"Woodstock-Films" zu analysieren.)
Hier einige Textauszüge aus dem Jäggi-
Artikel (wohlgemeint in Konkret, nicht
in der Bildzeitung!):

"Massenaufmärsche verzückter Popan-
hänger", "Intoleranz und Massenhyste-
rie... Blumen der Gewalt... die gedrillte
Jugend applaudiert wie eh und je... Pop-
gemeinde... ohnmächtige Mächtgern-
Weltverbesserer und pseudoprogressive

Sonntagshippies... monströse Festivals
... popverrückte Ekstastiker..." usw.
usw.

Daß die Popanhänger nicht mehr bereit
sind, Profitthänen massenhaft Geld in
den Rachen zu schmeißen und inzwischen
schon, sei es in Chicago bei der Truppe
"Sly an the Family Stone" oder in West-
berlin bei den "Rolling Stones" oder den
"Spooky Tooth", die Bullen, die den Profit
verteidigen, gehörig aufmischen, ist der
Konkretsaue sehr suspekt. Für ihn ist
die ganze Szene nur "Massenhyserie",
und den Faschisten nicht fern schreibt
er über uns, wenn wir ein Konzert beu-
chen und kommunizieren wollen: "Pop-
mob".

Der "Mob" sollte es sich mal langsam
überlegen und

KONKRET ZERSCHLAGEN I